

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Verstärkte Polizeipräsenz: Berner Gemeinderat vom Saulus zum Paulus? – oder: was eine angekündigte Volksinitiative alles bewirken kann

Man liest die Medienmitteilung des mehrheitlich rot-grünen Berner Gemeinderates vom 14.11.2007 und kommt aus dem Staunen einfach nicht mehr heraus: Die uniformierte Polizeipräsenz soll an „neuralgischen Punkten“ ab sofort deutlich erhöht werden. „Weniger dringliche Arbeiten sind aufzuschieben“ heisst es im Ton eines Katastrophen-Einsatzbefehls. Und wer sich angesichts des jahrelangen total konträren Verhaltens des Gemeinderates bereits ungläubig die Augen reibt, bekäme weiter sogar noch folgendes zu lesen: „Sicherheit hat Priorität“ heisst es nun auf einmal und es sei „unabdingbar, die Polizeipräsenz zu erhöhen“. – Dabei hat der Gemeinderat in den letzten Jahren immer wieder sämtliche Vorstösse im Parlament kategorisch abgelehnt, die die Polizeipräsenz verbindlich erhöhen und die Sicherheit verbessern wollten – zuletzt noch vor ganz wenigen Wochen bei der Beratung des Budgets 2008, als er einen FDP-Antrag für eine (moderate) Erhöhung der Polizeipräsenz rundweg ablehnte. Er weigerte sich auch, selbst nur einen Teil des Synergiegewinns aus der Einheitspolizei in die Sicherheit zu investieren.

Und nun dies. Man fragt sich unweigerlich: Ist das jetzt schon die vorgezogene politische Wende, vollzogen innerhalb des rot-grünen Gemeinderates selbst?

Aber es kommt noch dicker: Der Gemeinderat übernimmt nicht nur wortwörtlich einzelne Forderungen („Präsenz an neuralgischen Stellen“) der letzte Woche angekündigten Volksinitiative „Für mehr Sicherheit in der Stadt Bern“ Nein, er geht noch weiter: In den noch verbleibenden 1½ Monaten des Jahres will der Gemeinderat die Polizeipräsenz „um 8'000 bis 10'000 Stunden“ erhöhen. Das hiesse doch, umgerechnet auf 12 Monate: um sage und schreibe 48'000 bis 80'000 Stunden! Das ist also – immer nach allerneuester Ansicht des Gemeinderates – derjenige Bedarf an Polizeipräsenz, der nötig ist, um „die Probleme im Bereich Sicherheit“ in den Griff zu bekommen. Damit übertrifft der Gemeinderat sogar noch die Forderung der Volksinitiative „Für mehr Sicherheit in der Stadt Bern“, die letzte Woche angekündigt wurde. Die Volksinitiative wird demgegenüber allerdings verbindlich sein und auch für die Zukunft Gültigkeit haben, während der Gemeinderat nur noch bis Ende Jahr über die eigene Polizei verfügen kann und es ohnehin, wie er selbst einräumt noch in den Sternen steht, ob die neuen Pläne überhaupt umgesetzt werden können. Der 180-Grad-Richtungswechsel des Gemeinderates erfolgte nämlich derart überstürzt, dass letzterer nicht einmal die Zeit fand, seine eigenen, direkt betroffenen Polizeibeamten zu informieren – die wussten noch nichts von ihrem „Glück“. Deren Einsatzpläne stehen nun aber bereits – der Gemeinderat muss somit auf Freiwilligkeit bauen – eine für den Bereich „Sicherheit“ etwas gar unsichere Perspektive.

Die neuen Pläne sind aber bezüglich ihrer Stossrichtung klar zu begrüssen. Auch wenn natürlich offensichtlich ist, dass der „Gesinnungswandel kein echter ist, sondern namentlich aufgrund des erzeugten Druckes infolge der erwähnten angekündigten Volksinitiative zustande gekommen ist und die geplanten Massnahmen ohne jede Nachhaltigkeit dastehen (und bei Wegfall des Druckes ohne weiteres wieder rückgängig gemacht würden). Der Gemeinderat bringt aber immerhin zum Ausdruck, dass er eigentlich wüsste, was zu tun wäre – und: was er während Jahren unterlassen hat.

Es stellen sich ein paar Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat freundlich gebeten wird:

1. warum erfolgte der Gesinnungswandel erst jetzt (die Sicherheitslage hat sich ja nicht erst in den letzten 5 bis 8 Wochen so dramatisch verschlechtert, sie war schon vorher schlecht)?
2. was tut der Gemeinderat, wenn er nicht genügend Freiwillige findet?
3. was unternimmt der Gemeinderat ab 1.1.2008 um seine neu entdeckte Strategie gesichert fortführen zu können?
4. ist der Gemeinderat bereit, die Volksinitiative „Für mehr Sicherheit in der Stadt Bern“ zu unterstützen (oder geht sie ihm gar zu wenig weit)?
5. wie viele Bussengelder wurden (im Verhältnis zum Budget) per 15.11.2007 im Verkehrsbereich bereits eingenommen?

Begründung der Dringlichkeit

Die Massnahmen beginnen per sofort und enden (vorläufig) per Ende Jahr. Eine rasche Klärung der Absichten ab 1.1.2008 drängt sich auf.

Bern, 15. November 2007

Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP), Mario Imhof, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli, Ueli Haudenschild, Hans Peter Aeberhard, Christian Wasserfallen, Thomas Weil, Karin Feuz-Ramseyer, Yves Seydoux, Dannie Jost, Pascal Rub, Beat Schori, Peter Bühler, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Erich J. Hess, Stefan Bärtschi, Edith Leibundgut, Daniel Lerch

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.